Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 83 (1989)

Heft: 9

Artikel: Dossier : Banquet républicain für eine andere Asylpolitik : die türkischen Kurden - eine unterdrückte Minderheit

Autor: Flückiger, Annemarie

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143492

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jede Ausschaffung in die Türkei ist gefährlich

Nach seiner Ausschaffung in die Türkei verliess ihn sein Glück. Ein Schweizer, der Hasan und seine Eltern vor kurzem besuchte, berichtete uns folgendes: Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in Istanbul kehrte er nach Hause zurück. Doch dort konnte er nicht bleiben, die Sicherheitskräfte hatten sich schon nach ihm erkundigt, durch seine Flucht hatte er sich verdächtig gemacht. Also flüchtete er in die Berge der Umgebung, arbeitete hin und wieder daheim auf den Feldern und besorgte Esswaren. Er versuchte auch, in Istanbul eine Stelle zu finden, doch nach einer Woche erfolglosen Suchens kehrte er zurück. Nach seiner Rückkehr verhaftete ihn das Militär und hielt ihn eine Woche lang fest. Er wurde beschuldigt, den PKK-Kämpfern Essen und Unterkunft gegeben zu haben, was auch zutrifft. Obwohl er während dieser Woche täglich nur einmal Wasser und Brot erhielt, mit den Fäusten ins Gesicht, und mit Stökken am ganzen Körper geschlagen wurde, gab er keine Namen preis, sagte er nichts aus. Seine Freunde in der Schweiz sind äusserst besorgt. Hasan war immer eher introvertiert, sprach nicht viel über seine Probleme. Seine Lage muss schon sehr verzweifelt sein, wenn er so offen darüber spricht. Für sie besteht überhaupt kein Zweifel daran, dass er die Wahrheit erzählt, dass er in grösster Gefahr ist. Hasan ist unfähig, zu lügen oder eine Geschichte zu erfinden. Seit einigen Tagen ist Hasan wieder frei, und auf die Frage des Schweizers, ob er immer noch Probleme habe, antwortete er: «Seit zwei Tagen sind sie nicht mehr gekommen.» Für uns stellt sich die bange Frage: für wie lange nicht mehr?

Vielleicht fragen Sie sich, warum wir nochmals von Hasan erzählen. Vielleicht fragen Sie sich auch, ob wir keine neuen, unbekannten Geschichten kennen. Daran liegt es ganz bestimmt nicht, aber für uns steht Hasan für Hunderte von ähnlichen Fällen, die eigentlich ungefährlich und harmlos erscheinen. Denn dieser Fall zeigt uns, dass jede Ausschaffung in die Türkei für den Asylbewerber äusserst gefährlich ist und dass unsere Forderung nach einer vorläufigen Aufnahme durchaus begründet ist.

Lotti Stolz/Lilly Riedwyl

Die türkischen Kurden – eine unterdrückte Minderheit

Die 10 bis 12 Millionen Kurden, die in der Türkei leben, werden nicht nur als ethnische Minderheit unterdrückt und nicht anerkannt. Im Laufe der noch relativ jungen Geschichte der türkischen Republik wurde das kurdische Gebiet, Türkei-Kurdistan, in einen Zustand der Unterentwicklung und Abhängigkeit gedrängt. Die ultraliberale Wirtschaftspolitik, die ihren Höhepunkt mit dem heutigen Ministerpräsidenten Özal erreicht, hat seit dem Zweiten Weltkrieg die Wirtschaft systematisch auf Kosten der osttürkischen Provinzen aufgebaut. Mit dieser Marginalisierungsstrategie war es ein Leichtes, einerseits den durch landwirtschaftliche Stagnation verursachten Arbeitskräfteüberschuss für die im Westen der Türkei wachsende Industrie abzusaugen. Anderseits konnte der Staat unbehelligt die reichen Bodenschätze ausbeuten und gleichzeitig für die Nato, der die Türkei seit 1954 angehört, ein relativ sicheres Grenzgebiet zum islamischen Mittleren Osten gewährleisten.

Strategie der Marginalisierung

Opfer dieser Entwicklung sind die kurdischen Bauern und Kleingewerbler, auch die türkischen Arbeiter und Arbeiterinnen, also allgemein die unteren Schichten, für welche der Platz in der Gesellschaft immer eingeschränkter und unrentabler wird. Es trifft vor allem Kurdistans Bauern mit keinem oder nur wenig eigenem Land. Zunehmende Verschuldung und sinkende Produktion, fehlende Investitionen und abnehmende lokale Kaufkraft hatten immer mehr Bauern

zum Verkauf des Bodens, natürlich zu miserablen Preisen, zur Abwanderung oder zur Verdingung der eigenen Arbeitskraft in den Plantagen gezwungen.

Die Interessen der internationalen Investoren an Wasserkraftwerken, Militäranlagen, Tourismus oder hochtechnologisierter Landwirtschaft sind seit der Gründung von IWF und Weltbank nach dem Zweiten Weltkrieg immer stärker geworden. Auch für die Schweiz ist die Türkei heute einer der wichtigsten Wirtschaftspartner geworden (Exportrisikogarantie, Bankengelder). So ist auch das Interesse der internationalen Mächte an der Erhaltung des Status quo und deren Gleichgültigkeit gegenüber dem Kurdenproblem zu verstehen. Das EDA äussert sich in einem informellen Gespräch wie folgt:

«Wir wissen, wie die Situation in den kurdischen Provinzen der Türkei ist; wir kritisieren die willkürliche Rechtspraxis der türkischen Regierung; doch was können wir den wirtschaftlichen Interessen unseres Landes entgegenhalten? Schliesslich sind es nationale Ziele unter Federführung der Wirtschaftslobby, die die schweizerische Türkeipolitik bestimmen.»

Symptome wie der ansteigende Flüchtlingsstrom stören solange nicht, als das Klima im Arbeitsmarkt relativ günstig ist. Da sind sogar bürgerliche Kreise an einer nicht allzu restriktiven Einwanderungspolitik interessiert.

Komplexe Fluchtmotive

Wenn wir die ansässige Bevölkerung in die Betrachtungen einbeziehen – im Gegensatz zu den Ökonomen und andern sogenannten Türkeispezialisten –, ist die Lage an Ort und Stelle klar gekennzeichnet von Armut und Repression. Kurden finden keinen Platz in dieser degenerierten nationalen Sozialstruktur. Es kommt zur Flucht aus Angst, aus Enttäuschung, zur Flucht vor Unterdrükkung... es gibt nichts zu verlieren. Auch die traditionell starken sozialen Beziehungen sind durch die Assimilierungspolitik und durch militärische und polizeiliche Unterwanderung in Auflösung begriffen. Als Beispiel sind die Dorfschützer zu nennen, die Koyurucu, die oft unter Druck dazu trainiert werden, die Bevölkerung des eigenen Dorfes zu kontrollieren und alle verdächtigen Elemente aus dem Weg zu schaffen. Geld und Waffen, Marlboro und Versprechungen machen die Leute ungewollt zu Verrätern. Offiziell in den sieben östlichen Provinzen, in Realität jedoch in allen kurdischen Dörfern können solche Koyurucu zum Einsatz gebracht werden. Da jedoch das Schweizer Asylverfahren Wert auf absolute Wahrheit legt, werden geltendgemachte Probleme mit Dorfschützern aus den nicht offiziell genannten Provinzen als Widerspruch zur allgemeinen Lage beurteilt und deshalb als Unwahrheit eingestuft.

Flucht ist das Resultat all dieser in einem komplexen Netz verflochtenen politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Elemente. Und dennoch wird hier mit dem völlig unzulänglich gewordenen Asylverfahren unverschämterweise weiterhin ein Unterschied zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und echten Flüchtlingen gemacht.

Es bleibt nur eine Möglichkeit, die Fluchtwelle aus Türkei-Kurdistan zu stoppen: Ökonomische Massnahmen müssen die Türkei zwingen, innerhalb ihrer Staatsgrenzen der ungleichen Verteilung von Produktionsmitteln und Waren ein Ende zu setzen. Solange dieses Ungleichgewicht jedoch bestehen bleibt, ändert sich für Bauern, Kleingewerbler, Arbeiter und Arbeiterinnen nichts, ob Kurden oder Türken. Das wirtschaftliche Gefälle wird sich mit jedem politischen Problem verstärken. Es dreht sich ein Teufelskreis, der die Kurden und Kurdinnen als nicht anerkannte ethnische Minderheit in diesen Gebieten noch zusätzlich marginalisiert und unterdrückt.

Annemarie Flückiger

■